

Vorwort

zur deutschen Ausgabe

1.

Dieses Buch, das in mehrere Sprachen übersetzt worden ist und nun auch in Deutschland herauskommt, erschien in Italien in erster Auflage im September 2014. Die 2008 ausgebrochene Finanzkrise war als Belastung weiterhin zu spüren und nahm allmählich auch einen politischen Charakter an. Seither hat sich diese Verschiebung drastisch zugespitzt: Der Glaubwürdigkeitsverlust betrifft nicht mehr nur Regierungen und Machtgruppen, sondern überzieht die politischen Institutionen, die in den Augen einer breiten und zunehmenden öffentlichen Meinung völlig dem großen Finanz- und Industriekapital unterworfen sind, als solche. Wie seriöse Analysten unterstreichen, erweist sich in den USA und in Europa, was vordergründig als Demokratie erscheint, realiter als »Plutokratie«, als vom Großen Geld auf allen Ebenen ausgeübte Macht, auch über die demokratischen Institutionen. Verständlich also, dass in Europa in Opposition zu den traditionellen Parteien (die inzwischen ihren Kredit verspielt haben) neue Parteien entstehen und wachsen, die bisweilen (und nicht immer) links orientiert sind: Mehr oder weniger deutlich prangern sie die Austeritätspolitik zum Nachteil der Volksmassen an, die zunehmende ökonomisch-soziale Polarisierung, die Korruption der Eliten; und gegen all das versprechen oder fordern sie eine Alternative. Leider bleibt dieser Vorwurf auf halber Strecke stehen: Er zielt auf den Neoliberalismus, jedoch nicht auf den Neokolonialismus!

Im Nahen Osten aber folgt ein Neokolonialkrieg auf den anderen, wobei sie Zehntausende Tote verursachen, ganze Länder (jene, und zwar nur jene, die auf die eine oder andere Art eine antikoloniale oder

antifeudale Revolution hinter sich haben) zerstören und ganze Völker zur Flucht zwingen. Es handelt sich meist um Kriege, die ohne Autorisierung des UN-Sicherheitsrats entfacht wurden: Das Recht des Stärkeren missachtet das internationale Recht und zerfleddert das Prinzip staatlicher Souveränität und nationaler Unabhängigkeit. Deshalb wird die Gefahr immer größer, dass die derzeitigen neokolonialen Kriege in einen umfassenderen Konflikt, wenn nicht gar in einen Weltkrieg führen: Um seine wankende Hegemonie über die Welt erhalten und fortsetzen zu können, ist der US-amerikanische Imperialismus zu allem bereit. Im Moment hat er es auf China abgesehen (das Land, das aus der größten antikolonialen Revolution der Geschichte hervorgegangen ist und von einer bewanderten kommunistischen Partei geleitet wird) und auf Russland (das mit Putin aus der Sicht Washingtons den Fehler begangen hat, die neokoloniale Kontrolle abzuschütteln, der sich Jelzin gefügt oder angepasst hatte). Deutlich ist die Verbindung zwischen dem Kampf gegen den Neoliberalismus und dem gegen Neokolonialismus, Kolonialismus und Imperialismus: Immer dringlicher werden die Appelle der Vereinigten Staaten an ihre Verbündeten und Vasallen, die Militärausgaben zu erhöhen (samt der damit einhergehenden Reduzierung der für den Sozialstaat bestimmten Mittel). Auch auf politischer und ideologischer Ebene bereitet man sich auf den Krieg vor: In Ländern wie Japan oder Italien wird die aus der Niederlage des Nazifaschismus hervorgegangene Verfassung so uminterpretiert, dass die Teilnahme an militärischen Abenteuern erleichtert wird, die man hingegen als »humanitäre« Operationen bemäntelt und die vom Weißen Haus entschieden und unter seiner Regie geführt werden. Bis zum heutigen Tag jedenfalls nimmt die Kritik am herrschenden System den Neoliberalismus in den Blick, legt sich aber noch nicht (in vollem Umfang) mit Neokolonialismus, Kolonialismus und Imperialismus an. In diesem Sinn gibt es noch keine glaubwürdige Alternative von links, ist die Linke immer noch weithin abwesend.

Bei aller großen Schwäche und häufig gar Abwesenheit der Linken hört die ökonomische und nun auch politische Krise des Kapitalismus nicht auf, sich zu verschärfen. Es ist eine Krise, die sich auf beiden Sei-

ten des Atlantiks unterschiedlich manifestiert. Im Gegensatz zu Europa hält sich in den USA trotz wiederholter Protestbezeugungen gegen die kleine Elite, die das Land kontrolliert, das sogenannte Zweiparteiensystem bzw. ein System, welches genauer als Einparteiensystem mit Wettbewerbscharakter bezeichnet werden müsste: Im Wettbewerb stehen zwei Parteien oder besser zwei Persönlichkeiten, die sich, sei es auch im Rahmen einer bisweilen rauen Auseinandersetzung, in ihrer Sicht der Welt und ihrem Programm beide auf die monopolistische und imperialistische Bourgeoisie beziehen. Wenn trotz allem Kandidaten auftauchen, die tatsächlich alternativ sein könnten, werden sie von Fernsehdebatten ausgeschlossen und von den Sendern und den eisern vom Großen Geld kontrollierten Massenmedien überhaupt so weit wie möglich ignoriert. Somit sind eventuelle tatsächlich alternative Kandidaten in der Regel zum Schweigen verurteilt; der Großteil der Öffentlichkeit weiß nicht einmal, dass es sie gibt: Wer kennt z. B. den Namen des Kandidaten der Grünen oder anderer kleinerer Parteien bei den US-Präsidentschaftswahlen 2016? Manchmal versucht der eine oder andere wirklich alternative Kandidat gegen den Ausschluss, dem er unterworfen ist, zu protestieren; doch schnell und auch rüde greift dann die Polizei ein, um seinen Protest zu unterbinden und die Souveränität der Eigner der großen Informationsmedien zu bekräftigen, was in letzter Instanz vom Großkapital ausgeübte Diktatur auf multimedialer und politischer Ebene bedeutet.

Wenn all das nicht reicht, das Zweiparteiensystem oder genauer das Einparteiensystem mit Wettbewerbscharakter durchzusetzen, bleibt immer noch die Zuflucht zu Manipulation und Betrug. Wer auf diesen letzten Punkt aufmerksam gemacht hat, sind ein Journalist und eine Zeitung gewesen, die sich nie durch ihre kritische Haltung Washington gegenüber ausgezeichnet haben. Jedenfalls war in einem jüngst erschienenen Artikel (Massimo Gaggi, *Il caso di superdelegati e le colpe di Obama*, in *Corriere della Sera* vom 26. Februar 2016: 53) über die Vorwahlen der Demokraten zu lesen: »Seit 35 Jahren haben die amerikanischen Demokraten eine wenig demokratische Regel angewandt, die 15 % der Delegierten, die den Kandidaten für das Weiße Haus wählen, den Parteiformationen vorbehält, womit dieser Anteil

den Wählern entzogen wird«. Es geht um die sogenannten Superdelegierten, die »der *royal family* der Linken der USA«, d. h. der Clinton-Familie (die als »links« bezeichnet wird, möglicherweise zu Ehren der »humanitären« Kriege, die sie nicht müde wurde, vom Zaun zu brechen!), »bereits Treue geschworen hatten«. Und nur deshalb – fährt der zitierte Artikel fort – konnte Hillary Clinton einen »entscheidenden Vorsprung« gegenüber ihrem Konkurrenten Bernie Sanders erreichen. Nach Lage der Dinge waren die Treue- und Vasallenbindungen an eine *royal family* weit wichtiger als die Regeln der Demokratie. Und das war noch nicht alles: »Der Fall Iowa (ein hauchdünner Sieg für Hillary), stark umstritten auch von unabhängigen Beobachtern, hat gezeigt, dass der Mechanismus der demokratischen ›caucus‹ ziemlich undurchsichtig ist«. Das heißt, dass zur finanziellen, multimedialen und politischen Übermacht der Großbourgeoisie, zur antidemokratischen Manipulation des Wahlsystems, zum »Treue«-Verhältnis und zum Vasallentum gegenüber einer der *royal families* der nordamerikanischen Republik bisweilen noch vulgärere Machenschaften hinzukommen.

Schauen wir nun, wie sich die letzte US-amerikanische Präsidentschaftswahlkampagne abgespielt hat. Der »Republikaner« Donald Trump hat schamlos mit seinem (nicht immer durchsichtigen Quellen entstammenden) unermesslichen Reichtum geprotzt und dem daraus resultierenden Recht, nach dem höchsten Amt des Staates zu greifen. Und die »Demokratin« Hillary Clinton? Ein Editorial (*Clinton Speeches to Big Banks*) der *International New York Times* von 27./28. Februar 2016 (S. 8) wirft ein wenig Licht auf sie. Was kommt heraus? 2014 und im ersten Drittel des Jahres 2015 hat Clinton »persönlich« 11 Millionen Dollar für Vorträge »in geschlossener Gesellschaft« erhalten, d. h. für Kolloquien, die sie »Banken und anderen Finanz- und Industriegruppen« gewidmet hatte. Ist die Großzügigkeit der Großfinanziers und -industriellen ganz interesselos gewesen oder haben sie von einer derart mächtigen und einflussreichen politischen Persönlichkeit etwas als Gegenwert bekommen? Für ihr Verhalten kritisiert und zur Klärung ihrer Position aufgefordert, hat Clinton sich auf die Äußerung beschränkt: »Das machen alle so«, wobei sie sich weigerte, den Inhalt

dieser so vertraulichen und so gut dotierten Kolloquien preiszugeben. Das Große Geld übt nicht nur eine unbestreitbare Macht aus, sondern verweigert auch jegliche Norm von Transparenz und Kontrolle.

Was die beiden Rivalen um das Präsidentschaftsamt eint, ist nicht nur die organische und undurchsichtige Verbindung mit dem Großen Geld. Es ist auch der emphatische Chauvinismus. Auf Trump, der versprach, Amerika wieder groß zu machen, hat seine Rivalin unter rauschendem Beifall des Publikums geantwortet, dass Amerika nie aufgehört habe, groß zu sein! So sieht es aus, das Zweiparteiensystem oder das Einparteiensystem mit Wettbewerbscharakter! Alle demoskopischen Umfragen waren sich einig in der Feststellung einer reservierten Haltung des Volkes beiden Kandidaten gegenüber, der eine wie die andere genoss wenig Vertrauen. Beide Exponenten der plutokratischen Elite und beide inspiriert von der Idee einer ihrem Land eigenen imperialen Mission, haben Donald Trump und Hillary Clinton darin gewetteifert, den Chauvinismus der Wähler anzuhetzen: Welcher der beiden Kandidaten war der Dreistere bezüglich der Konfrontation und des Niederhaltens der Feinde des von Gott »ausgewählten Volkes«, der einzigen »unverzichtbaren Nation«, mit »Außergewöhnlichkeit« versehen und infolgedessen befreit von den Regeln, die nur für die gewöhnlichen und einfachen Nationen gelten?

Und so folgt ein Präsident auf den anderen: Die Ungleichheit, die im Inneren der USA zunimmt, müht der jeweilige Präsident sich, auch auf internationaler Ebene zur Geltung zu bringen, indem er sich als oberster Interpret von Gottes »ausgewählter Nation« aufspielt und sich das Recht zuschreibt, mit seinem gigantischen Militärapparat in jedem Winkel der Welt zu intervenieren, auch ohne Mandat des UN-Sicherheitsrats. Zu den echten Kriegen kommen die als »Farbenrevolutionen« verkleideten Staatsstreiche.

2.

An diesen Kriegen und Staatsstreichen nehmen oft auch die EU-Länder teil. Sie sind hauptsächlich Vasallen der USA. In Europa aber ist, im Gegensatz zu den USA, das Zweiparteien- oder Einparteiensystem

mit Wettbewerbscharakter ein System, das sich als immer stärker im Niedergang erweist. Ich schreibe bzw. ergänze dieses Vorwort, während die Resultate des ersten Wahlgangs der Präsidentschaftswahlen in Frankreich bekannt gegeben werden: Die »Alternative« zu Emmanuel Macron (Ziehhind der Finanz- und Bankenwelt) wird repräsentiert durch Marine Le Pen, die von ihrer politischen und Familiengeschichte her das Schlechteste an Frankreich verkörpert. Die Sozialistische Partei liegt in Trümmern: Was für eine Glaubwürdigkeit sollte auch eine politische Kraft haben, die, wo sie doch das Banner des »Sozialismus« schwenkt, nicht nur vor dem Neoliberalismus kapituliert, sondern auch die infamsten neokolonialen Kriege unterstützt und vorangetrieben und sogar das Feuer eines Kriegskreuzzugs gegen Russland angefacht hat? Es stimmt, dass bei den letzten französischen Präsidentschaftswahlen die Partei von Jean-Luc Mélenchon (»Parti de gauche«) ein gutes Ergebnis erzielt hat. Seine Kampagne im Zeichen des Kampfes gegen das System hat ihm Kredit und Zustimmung eingebracht. Etwas Bestimmtes von großer Wichtigkeit darf jedoch nicht aus den Augen verloren werden. Beim Thema Syrien hat sich Mélenchon in keiner Weise von der herrschenden Ideologie unterschieden. Er hat nicht gezögert, erneut die vulgärste chauvinistische und kolonialistische Propaganda aufzugreifen: »Assad ist ein Verbrecher, das wissen alle«. Was auch der Vertreter der »radikalen« Linken nicht weiß, ist Folgendes: Einige Jahre bevor in Syrien der »Bürgerkrieg« ausbrach, hatten die US-amerikanischen Neokonservativen bereits beschlossen, zu jedem Mittel zur Beseitigung Assads zu greifen, der Washington und Tel Aviv gegenüber als zu rebellisch eingeschätzt wurde. Wer sind also die Mörder, die Verantwortlichen für das entsetzliche Blutbad, das daraus entstand? Vielleicht täte Mélenchon gut daran, ein weit zurückliegendes, aber umso lehrreicheres Geschichtskapitel zu bedenken: Seinerzeit brach Mussolini den völkermörderischen Krieg gegen Äthiopien vom Zaun, indem auch er humanitäre Posen einnahm; es sei geboten, die Sklaverei in dem afrikanischen Land abzuschaffen und die Herrschaft des »Negus der Sklavenhändler« zu stürzen, die Macht des Sklavenhändler- und Sklavenhalter-Kaisers! Diejenigen,

die glauben, ihre »Links«-Orientierung attraktiver zu machen, indem sie wenigstens teilweise der Ideologie und der Industrie der Lüge nachgeben, die die humanitären Kriege flankiert, sollten wissen, dass sie riskieren, sich nicht nur in der Gesellschaft der chauvinistischen Bewohner des Weißen Hauses, sondern auch des faschistischen Duce wiederzufinden!

3.

Anlässlich der Wahlen zunächst in den USA und dann in Frankreich hat die westliche Presse und vor allem die US-amerikanische (die *New York Times* etc.) gegen das Russland Putins getönt, indem sie es beschuldigte, alles daran gesetzt zu haben, die Nachrichten und Telefonate der diversen Kandidaten auszuspionieren und abzuhören, um dadurch das für Moskau günstigste Wahlergebnis zu fördern oder zu erzwingen. Das ist ein verblüffender Vorwurf: Er kommt von der Supermacht, die notorisch spioniert und permanent auch ihre engsten Verbündeten unter Kontrolle hält und sich des so angehäuften immensen Materials bedient, um das politische Leben unterschiedlichster Länder zu beeinflussen und zu manipulieren; er kommt von der Supermacht, die nicht müde wird, Militärinterventionen zu inszenieren, Staatsstrieche und »Farbenrevolutionen«.

Aus Platzgründen beschränke ich mich in diesem Vorwort auf drei Beispiele. Beginnen wir mit den Wahlen in Italien vom April 1948. Es ist eine Zeit, wo die italienische KP, die den Kampf gegen das faschistische Regime geführt und den Widerstand unterstützt und geleitet hatte, der nach 20 Jahren Diktatur in die Errichtung der Demokratie mündete, ein hohes Prestige hatte. Und da formulierte Washington eine klare Erpressung. Im Fall eines Wahlsiegs würde das erschöpft aus dem Krieg hervorgegangene Italien einem schlimmen und verzweiflungsvollen Hunger ausgesetzt: Von jenseits des Atlantiks würden keine der versprochenen Lebensmittel mehr kommen. Die Erpressungen wurden mit militärischen Drohungen verbunden: Ein von den Kommunisten regiertes Italien könnte ein Ende nehmen wie Griechenland, das brutal von der Truman-Doktrin (gegen den »Totalitarismus«) und vom anglo-amerikanischen Militär überrollt worden war.

Und das war noch nicht alles. Wie wir in diesem Buch sehen werden, stand die CIA im Fall eines Sieges der Linken bereit, in Sardinien und Sizilien secessionistische Bewegungen zu fördern und zu unterstützen. Ungeachtet des Ausgangs der Wahlen und ihres demokratischen Charakters sollte Italien insgesamt oder wenigstens zum Teil unter der Kontrolle Washingtons bleiben.

Machen wir nun einen Sprung von annähernd drei Jahrzehnten. Im Frühling/Sommer 1974 nach der »Nelkenrevolution«, die am 25. April jenes Jahres die seit vielen Jahrzenten in Portugal bestehende Diktatur faschistischen Typs gestürzt hatte, schienen eine Zeit lang die Kommunisten, die enorm gestärkt aus dem langen, mutigen und konsequenten Kampf gegen den Faschismus hervorgegangen waren, in der Lage zu sein, ein Bündnis mit den Sozialisten zu realisieren. Es zeichnete sich also das Aufkommen einer linken Mehrheit mit einem radikalen, jedoch durch einen deutlichen Konsens des Volkes und der Wähler unterstützten Programm ab. Das war für die konservativen und Atlantiker-Kreise eine inakzeptable Perspektive. Der damalige US-Außenminister Henry Kissinger verlor keine Zeit: Er schlug dem Präsidenten Gerald Ford eine »präventive Militärintervention« vor, die die Gefahr einer Revolution in einem Schlüssel-land der NATO wie des Westens abwenden sollte. Diese radikale, und radikal antidemokratische, Maßnahme erübrigte sich dann durch den Sieg von Mário Soares bei den Wahlen vom 23. Juli 1976 (Leo Wieland, *Portugal probt seine »Oktoberrevolution«*, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22. Oktober 2015: 8). Doch was wäre passiert, wenn trotz massiven Eingreifens der Dienste, des Finanz- und Multimediaapparats des Westens und seiner Führungsmacht und trotz der gut sichtbaren militärischen Drohung (in Form US-amerikanischer Kriegsschiffe) der Sieg eines dem Atlantikbündnis treuen Kämpfers nicht eingetreten wäre?

Damit zur Gegenwart. Washington bezichtigt Putins Russland, die US-amerikanische und die europäische Demokratie zu bedrohen. Um den Ernst einer solchen Anklage zu verdeutlichen, geben wir noch einmal einem Presseorgan das Wort, das weder der Russophilie, noch gar der Verehrung des Kommunismus verdächtig wird:

Vor kaum mehr als zwanzig Jahren wurde im Juli 1996 Boris Jelzin [...] erneut zum Präsidenten der Russischen Föderation gewählt, indem er in der zweiten Runde mit Mühe den Kandidaten der Kommunistischen Partei, Gennadi Sjuganow, besiegte. Die Vereinigten Staaten intervenierten massiv zugunsten des Siegers, obwohl er (im politischen wie im Wortsinn) schwankte [...]. Der Spieleinsatz war sehr hoch, vor allem außenpolitisch [...]. Washington investierte sehr viel in die Wiederwahl des Kandidaten, den es bevorzugte, indem es ihn noch und noch mit Beratern, Presseleuten, Ärzten, Öffentlichkeitsexperten etc. umgab [...]. Es ist allgemein unstrittig, dass es auch Manipulationen dabei gab, vor allem in der Provinz (Federigo Argentieri, *Quando Clinton »investì« sulla rielezione di Eltsin*, in: Corriere della Sera vom 31. Dezember 2016: 28).

Durch die Tatsache, dass in unseren Tagen, wie wir gesehen haben, seriöse westliche Wissenschaftler beklagen, im Westen sei heute die »Demokratie« durch »Plutokratie« ersetzt worden, ist die Rede der herrschenden Ideologie über »Demokratie« noch grotesker. Und dabei geschieht es im Namen der »Demokratie«, dass infame koloniale und neokoloniale Kriege entfacht werden, und ebenfalls in ihrem Namen, dass die Vereinigten Staaten in Komplizenschaft mit ihren Vasallen die Kriegsvorbereitungen gegen China und Russland verstärken. Es stellt sich die Frage: Wann wird die westliche Linke endlich imstande sein, von dieser tragischen Gefahr Kenntnis zu nehmen und dann entsprechend zu handeln?

Domenico Losurdo